

Ratsherr Dr. Wilmers stellt fest, dass zwei Jahre nach der Verabschiedung des integrierten Handlungskonzeptes "Masterplan Innenstadt" hinsichtlich der Städtebauförderung kein Fortschritt zu erkennen ist. Die SPD-Fraktion findet dies sehr bedauerlich und wünscht sich in absehbarer Zeit die Vorlage eines realisierungsfähigen Antrages auf Städtebauförderung. Ratsherr Dr. Wilmers kritisiert, dass die Verwaltung das integrierte Handlungskonzept " Masterplan Innenstadt" ohne erforderliche Beschlussfassung des Rates eigenständig durch die Aufnahme der Maßnahme D 03 „Sozialzentrum Keramikerstraße“ geändert hat. Er bezweifelt, dass bis zum 30.09. für das Sozialzentrum eine bezuschussungsfähige Planung vorgelegt werden kann.

Nach Vorlage des Masterplanes Innenstadt ist es Aufgabe der Stadt, investive Maßnahmen bis zur Ausführungsplanung vorzubereiten. Die Gesamtplanung wird durch die Bezirksregierung in das Förderkonzept aufgenommen, wobei sich nach Aussage von Fachbereichsleiterin Thünker-Jansen die Abstimmung mit der Bezirksregierung problematisch gestaltet. Sie bestätigt, dass bisher noch keine förderfähigen Maßnahmen zur Ausführung gekommen sind, zählt aber die Vielzahl der in der Bearbeitung und in der Umsetzung befindlichen privaten und städtischen Maßnahmen auf und führt zu den Verfahrensständen aus. Zudem räumt Fachbereichsleiterin Thünker-Jansen bei dem „Sozialzentrum Keramikerstraße“ einen selbständigen Ansatz der Verwaltung ein. Die Verwaltung hat jedoch – auch aus der Ausschlussdiskussion heraus – das Erfordernis der Hinzunahme der Maßnahme gesehen. Zudem hat insbesondere die Bezirksregierung Köln die Aufnahme des Sozialzentrums in das Programm angeregt.

Ratsfrau Josten-Schneider, Ratsherr Euskirchen und sachkundige Bürgerin Seiffert-Schollmeyer wertschätzen die Arbeit der Verwaltung.

Im Namen der SPD-Fraktion begrüßt auch Ratsherr Dr. Wilmers, dass Teile des Masterplans Innenstadt umgesetzt werden. Er stellt klar, dass der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion ausschließlich die Generierung von Städtebauförderungsmitteln betrifft.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.